Ltd. KVD Allroggen verwies auf den am 07.06.05 nachgesandten modifizierten Vertragsentwurf. Im zweiten Satz des Absatz 2 des Anschreiben sei versehentlich das Wort „nicht“ vergessen worden. Der Satz müsse daher lauten: „ Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Änderungen im Wesentlichen nicht inhaltlicher Natur sind...“. Er erläuterte, dass die Kämmerei in die weiteren Erörterung mit der Arbeitsagentur und den Städten und Gemeinden eingebunden worden sei.

Ltd. KVD Allroggen gab einen Überblick über die in den letzten Verhandlungen getroffenen Vereinbarungen, die in den modifizierten Vertrag eingeflossen seien. Er wies insbesondere auf den in den Verhandlungen herausgearbeiteten deutlichen Unterschied in der Weisungsgebundenheit von Arbeitsagentur und ARGE hin. Für die Geschäftsführung der ARGE sei eine Weisungsgebundenheit an die Bundesagentur nur im Rahmen der Vorschriften des SGB II, in restriktiver Handhabung dieser Rechte und auch nur mittelbar (über die Trägerversammlung) gegeben. Der Vertragsentwurf sei am Vormittag mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern erörtert worden. Es bestehe weitestgehend Klarheit hinsichtlich der Standorte der ARGE-Center, nicht jedoch über die vor Ort nutzbaren Immobilien. Im linksrheinischen Bereich seien die angebotenen Immobilien in Rheinbach, Meckenheim und Bornheim überprüft, wobei in Bornheim eine abschließende Überprüfung noch ausstehe. In konkreten Gesprächen mit der Arbeitsagentur sei nun zu klären, für welche Immobilien im linksrheinischen Kreisgebiet Mietverträge für die Einrichtung der beiden ARGE-Center geschlossen werden könnten. Damit hänge auch die Frage zusammen, ob der von der Arbeitsagentur als Alternative gesehene Standort Bonn noch relevant sei. Er gehe jedoch nach wie vor davon aus, dass die kommunalen Angebote besser geeignet und ökonomischer seien. Dies solle in den Verhandlungen auch deutlich gemacht werden. Im rechtsrheinischen Bereich gebe es in Königswinter Schwierigkeiten, da dort bisher keine geeignete Immobilie habe gefunden werden können. Aufgrund des erheblichen Zeitdrucks sei die Suche nach einer geeigneten Immobilie daher auch auf Bad Honnef ausgedehnt worden. In Eitorf liege zwischenzeitlich neben einem Alternativangebot der Gemeinde auch ein Angebot eines privaten Anbieters vor.

Der Landrat werde in der nächsten Woche in einem Gespräch mit der Vorsitzenden der Geschäftsführung der Arbeitsagentur insbesondere die Standortfrage im linksrheinischen Kreisgebiet und die Weisungsungebundenheit der ARGE thematisieren. Unabhängig davon werde hinsichtlich der Personalgewinnung in der nächsten Woche ein Gespräch mit der Arbeitsagentur zum weiteren Findungsverfahren für die Geschäftsführung geführt, sodass voraussichtlich in der 25. Kalenderwoche Gespräche mit den Bewerberinnen und Bewerbern stattfinden könnten. Auf eine zügige Entscheidung werde von Seiten des Rhein-Sieg-Kreises Wert gelegt, damit die Geschäftsführung in die weitere Umsetzung der ARGE einbezogen werden könne.

Antrag Abg. Eichner brachte den Dank seiner Fraktion für den großen Einsatz der Verwaltung im zum Ausdruck. Es sei ihm wichtig, durch den Ausschuss ein deutliches Zeichen setzen zu lassen. Er beantrage daher, dass der Ausschuss über den vorliegenden modifizierten Vertragsentwurf zustimmend beschließen und dem Kreisausschuss eine entsprechende Empfehlung aussprechen möge. Dies könne unbeschadet der in der nächsten Woche zwischen Arbeitsagentur und Landrat anstehenden Verhandlung geschehen, da wesentliche Änderungen des Vertrages nicht zu erwarten seien.

Abg. Kunert schloss sich dem Dank an die Verwaltung an und hob die Vorteile hervor, die sich für die Anspruchsberechtigten u.a. aufgrund der Leistungen aus einer Hand, der Einbringung kommunaler Kompetenzen und personeller Ressourcen ergäben. Wichtige Ziele ihrer Fraktion seien neben dem definitiven Ausschluss des Standortes Bonn und der Sicherstellung von zwei Standorten im linksrheinischen Kreisgebiet auch die Forderung an die Arbeitsagentur, dass die Selbständigkeit und Weisungsungebundenheit der ARGE bei Erhalt der Arbeitsqualität für den Rhein-Sieg-Kreis und spezifischer lokaler und regionaler Ziele gewährleistet werde. Darüber hinaus sei auch eine gemeinsame Dokumentation der Aufgabenwahrnehmung und Zusammenarbeit durch das Sozialamt des Rhein-Sieg-Kreises ein wichtiges Ziel um steuernd eingreifen zu können. Sie sehe daher auch im Hinblick auf das Ergebnis der Gespräche des Landrates mit der Arbeitsagentur für ihre Fraktion vor einer Beschlussfassung noch Beratungsbedarf. Ein positives Signal könne an den Kreisausschuss gegeben werden.

Abg. Thiel schloss sich dem Dank an die Verwaltung an und erinnerte an das besondere Interesse ihrer Fraktion an der Bereitstellung von qualifiziertem und insbesondere im Führungsbereich regional verhaftetem Personal. Sie sehe hier erhebliche Probleme, in der Kürze der Zeit geeignete Bewerberinnen und Bewerber zu finden.

Abg. Küpper dankte der Verwaltung für den engagierten Einsatz. Erfreulicherweise seien seine Bedenken hinsichtlich der zeitlichen Erreichung des gesteckten Zieles einer bürgernahen und wirkungsvollen Vermittlung von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen nicht eingetreten. Er empfehle, den Antrag der SPD-Fraktion um die Vorschläge der CDU-Fraktion zu ergänzen und einen Beschluss vorbehaltlich deren Umsetzung zu fassen.

Auf die Fragen und Anregungen der Abg. Thiel, Abg. Küpper, Abg. Eichner und SKB Bientreu machte Ltd. KVD Allroggen deutlich, dass in Absprache mit den Städten und Gemeinden zwei Standorte im linksrheinischen Bereich vorgesehen seien. Dabei sei neben wirtschaftlichen und qualitativen Überlegungen auch die Erreichbarkeit der Standorte berücksichtigt worden. Die Standorte der ARGE-Center im linksrheinischen Bereich seien in Abstimmung mit der Arbeitsagentur im Vertrag selbst noch nicht endgültig fixiert, da noch Abstimmungen hinsichtlich der konkurrierenden Angebote aus Meckenheim und Rheinbach erforderlich seien.

Die regionale Selbständigkeit einer ARGE sei immer ein wichtiger Punkt in den Verhandlungen gewesen und werde durch den Landrat auch in der nächsten Woche erneut angesprochen.

Die Frage nach einem Informationsrückfluss sei auch im Gespräch der Hauptverwaltungsbeamten am Vormittag angesprochen worden. Hier sei zu berücksichtigen, dass die Kommunen im Verwaltungsausschuss und zusammen mit dem Rhein-Sieg-Kreis durch einen Vertreter in die Trägerversammlung vertreten seien. Der Landrat werde darüber hinaus über weitere Möglichkeiten des Informationsrückflusses verhandeln.

Die verhandelten Personalschlüssel seien wichtige Voraussetzung für eine qualitativ ausreichende Leistung gewesen. Der Schlüssel von 1:500 für die Bearbeitung der Leistungen für Unterkunft hebe sich vom Personalschlüssel in anderen Kreisen zu Gunsten des Rhein-Sieg-Kreises ab. Im Übrigen sei hinsichtlich der Schlüssel von 1:75 bzw. 1:150 von den Zielpersonalschlüsseln der Bundesagentur ausgegangen worden.

Er machte deutlich, dass sich auch zum 01.01.05 in Kraft getretene Arbeitsgemeinschaften noch im Aufbau befänden. Für die ARGE-Rhein-Sieg seien als weitere Schritte die Vertragsunterzeichnung zum 01.07. und der Abschluss des Personalauswahlverfahrens bis Ende August/Anfang September vorgesehen. In zwei Umsetzungsstufen solle dann die Inbetriebnahme der ARGE-Center zum 01.10. und 01.12. erfolgen.

Er hob hervor, dass die verstärkte Berücksichtigung regionaler erfahrener Träger im Vertrag Berücksichtigung gefunden habe. Auf eine explizite Erwähnung einzelner Träger z.B. der Antrag Jugendwerkstatt sei verzichtet worden und sei seines Erachtens auch nicht sachgerecht.

Abg. Eichner modifizierte den Antrag seiner Fraktion und regte an, der Ausschuss für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung möge dem Vertrag unter der Voraussetzung, dass in den abschließenden Verhandlungen die Standortfrage geklärt und die regionale Zuständigkeit sowie eine umfassende Dokumentation zugesichert werden, zustimmen.

Nach weiterer angeregter Diskussion, an der sich Abg. Kunert, Abg. Herbrecht, Abg. Eichner und Abg. Thiel beteiligten und in der Abg. Eyermann eine Vertagung in den Kreisausschuss anregte, fasste der Ausschuss auf Vorschlag der Vorsitzenden folgenden Beschluss:

B.-Nr.
38/05

Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung befürwortet den Abschluss der Vereinbarung über die Gründung und Ausgestaltung einer Arbeitsgemeinschaft gem. § 44b SGB II zwischen der Agentur für Arbeit Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis unter folgendem Vorbehalt:

1. weitere Klärung der Standortfrage, insbesondere im linksrheinischen Kreisgebiet
2. Sicherstellung weitgehender Selbständigkeit und Weisungsungebundenheit der ARGE-Rhein-Sieg sowie die Berücksichtigung regionaler und lokaler Spezifika und Bedarfe
3. umfassende Dokumentation über die Zusammenarbeit durch die Verwaltung .

Außerdem befürwortet der Ausschuss den Abschluss der Umsetzungsvereinbarung zwischen

dem Rhein-Sieg-Kreis und den Städten und Gemeinden.

Abst.- **einstimmig**
Erg.: